56. Jahrgang. № 75. Sonntag, 17. März 1912.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (am Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 M., durch auswärtige Kommissionäre bis 3,50 M., bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 30 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 15 Pf.; die zweispaltige Zeile auf Textseite 50 Pf., die zweispaltige Reklamezeile 1,50 M. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen die einspaltige Grundzeile 50 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden die Grundzeile 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

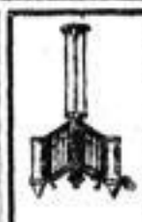
Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Taffet-Bänder Qualität „Ideal", enorme Haltbarkeit, billigst! Seidenhaus Carl Schneider Altmarkt 8.

RAUM KUNST — Brautleute kaufen am vorteilhaftesten in der „Raumkunst" Dresden-A., Viktoriastraße 5/7. Unübertroffene Auswahl billiger Wohnungseinrichtungen. Erstklassiges, eigenes Fabrikat. Neuester Schlager: Preßstoffmöbel (D. R.-P.). Elegant — Praktisch — Billig.

AFRANA- der Firma Bissell & Locke sticken, stopfen, nähen. Hauptniederlage: M. Eberhardt, Mech. Reparaturen aller Systeme.

Nähmaschinen Meissner Nähmaschinenfabrik vor- und rückwärts. DRESDEN-A. Marienstrasse 14. in eigener Werkstatt.



Beleuchtungs-Gegenstände für jede Lichtart. Anfertigung kunstgewerblicher Beleuchtungs-Körper. Grösste Auswahl. Viele Referenzen. Julius Schädlich, Kronleuchter-Fabrik. Am See 16. Fernsprecher 1136.

Tuchwaren. Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise. C. H. Hesse Nchf., Marienstr. 26, 3 Raben.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Veränderliche Winde, Temperatur wenig geändert, zeitweise Niederschläge.

Wie verlautet, wird der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand den Deutschen Kaiser auf dessen Fahrt nach Venedig auf offener See empfangen.

Im Reichstage wurde gestern die Besprechung der Ruhrstreik-Interpellation fortgesetzt.

Die Heeresvorlage sieht in ihrer jetzigen, anscheinend endgültigen Fassung eine allmähliche Steigerung der Friedensstärke des Heeres um rund 35 000 Mann vor.

Nach einer Meldung aus Bochum haben die Zechenverwaltungen gestern alle Ausständigen durch Einschreibebriefe aufgefordert, bis zum Abend die Arbeit wieder aufzunehmen, andernfalls sie entlassen seien.

Gesandtschaftsberichten aus Peking zufolge hat sich die Lage in Peking gebessert. Die Europäer werden nicht mehr belästigt.

Rücktritt Wermuths — Deckung der Wehrvorlagen.

Der Rücktritt des Reichsschatzsekretärs Wermuth kommt insofern nicht überraschend, als bereits seit einiger Zeit in der linksgerichteten Presse auf diese Möglichkeit hingewiesen und dabei behauptet wurde, Herr Wermuth habe sich unabänderlich auf die erweiterte Erbschaftssteuer als Deckungsmittel der Kosten der Wehrvorlagen festgelegt, so daß der Verzicht der verbündeten Regierungen auf diese Einnahmequelle seinen Abgang unweigerlich zur Folge haben müsse. Auch waren bereits früher Gerüchte im Umlauf, denen zufolge Herr Wermuth mit seinen Sparsamkeitsbestrebungen in Konflikt mit der Heeres- und Marineverwaltung gekommen sein sollte. Merkwürdig ist, daß noch unmittelbar vor dem Rücktritte des Schatzsekretärs ein offiziöses Dementi erging, worin die Amtsmüdigkeit Herrn Wermuths und seine angebliche Verquickung mit der Erbschaftssteuer bestritten wurde. Das erinnert an ähnliche Vorgänge bei dem mit so unliebsamen Begleiterscheinungen verbunden gewesenen Rücktritte des Kolonialstaatssekretärs v. Lindequist. Da das Scheiden Herrn Wermuths aus dem Amte genau mit dem offiziösen Communiqué über das Ergebnis der Berliner Ministerkonferenz zusammenfällt, so wird man darin wohl eine Bestätigung der Version erblicken müssen, daß Herr Wermuth sich für die Erbschaftssteuer allzu stark engagiert hatte. Wenn sein Fortgang unter diesen Umständen unvermeidlich war, so wird ihn jedenfalls die allgemeine Anerkennung begleiten, daß er mit ebensoviel Eifer wie Geschick bestrebt gewesen ist, die Reichsfinanzen auf der neugeschaffenen Grundlage der Reichsfinanzreform durch energische Sparsamkeit in Ordnung zu halten. Seinen Nachfolger, den bisherigen Unterstaatssekretär im Reichsschatzamte Kühn, geleitet in sein neues Amt der lebhafte Wunsch aller nationalen Kreise, daß er an den bewährten Grundsätzen seines Vorgängers festhalten möge, aber selbstverständlich niemals auf Kosten dessen, was zur Erhaltung unserer vollen Schlagfertigkeit zu Wasser und zu Lande unbedingt notwendig ist.

Als ein erfreuliches Ereignis ist das Ergebnis der großen Konferenz zu bewerten, welche die Minister der Einzelstaaten in Berlin abgehalten haben. Die hohe Bedeutung der genannten Versammlung erhellt schon aus dem äußerlichen Umstande, daß nicht bloß, wie es zuerst hieß, die einzelstaatlichen Finanzminister, sondern mit ihnen zugleich die leitenden Staatsmänner anwesend waren. Eine solche Zusammenkunft hat die Reichshauptstadt seit den Tagen der Reichsfinanzreform nicht wieder gesehen, und es darf wohl als ein gutes Vorzeichen für unsere innerpolitische Entwicklung betrachtet werden, daß auch diesmal etwas grundsätzlich Brauchbares dabei herausgesprungen ist.

Zwei wesentliche Leitsätze sind es, die von der Konferenz aufgestellt worden sind, und die als dankenswerte Entschließungen von allen aufrichtigen nationalen Politikern ohne Unterschied der Parteirichtung begrüßt zu werden verdienen: einmal das einmütige Festhalten an dem durch die Reichsfinanzreform festgelegten Grundsätzen der Reichsfinanzgebarung, und zum andern die von hohem Verständnis für die parteipolitische Empfindlichkeit der Lage zeugende Ablehnung aller weiteren neuen Steuern auf den Verbrauch und den Verkehr. Der erstgenannte Beschluß ist gleichbedeutend mit der Zurückweisung des vom Zentrum ausgegangenen Vorschlages, die durch die Wehrvorlagen sich ergebenden, sehr erheblichen Mehrkosten aus den umfangreichen Ueberschüssen zu decken, die im laufenden Finanzjahre erzielt worden sind, und auf die man sich auch noch weiter gefaßt machen darf. An sich hat eine solche Empfehlung ja ganz ohne Frage etwas Bestechendes. Indessen abgesehen davon, daß die künftige Gestaltung der Einnahmen trotz aller günstigen Wahrscheinlichkeitsmomente doch immer unsicher bleibt, steht auch der Verwirklichung des Gedankens das sehr ernste Bedenken entgegen, daß damit eine folgenschwere Durchbrechung der in dem Gesetze über die Reichsfinanzreform gutgeheißenen Grundsätze einer soliden Finanzgebarung im Reiche verbunden wäre. Nach den geltenden Bestimmungen sollten nämlich die jährlichen Ueberschüsse so lange zur Verwendung des Anleihekredits, also zur Schuldentilgung, verwendet werden, als die Säuberung des außerordentlichen Etats von allen Ausgaben nichtwerbender Art noch nicht vollständig durchgeführt ist. Herr Wermuth hat es nun allerdings fertig gebracht, schon für den nächsten Reichsetat einen erheblichen Posten nichtwerbender Ausgaben aus dem außerordentlichen in den ordentlichen Etat hinüberzunehmen, aber die Erreichung des Zieles der gänzlichen Entlastung des außerordentlichen Etats von allen Ausgaben nichtwerbender Natur steht doch noch in ziemlicher Ferne, und bis dahin darf eine gesunde Finanzgebarung an dem vorgeschriebenen Modus der Schuldentilgung nicht rütteln lassen. Dazu kommt, daß auch die weitere Richtschnur der Reichsfinanzreform: „Keine neuen Ausgaben ohne gleichzeitige neue Deckungswege" unbefolgt bleiben müßte. Auf diesem Wege würden wir Gefahr laufen, unversehens wieder in das alte, kaum überwundene Finanzelend mit seinen verhängnisvollen künstlichen Ueberschätzungen der Einnahmen, der übertriebenen Schuldenwirtschaft und dem überlasteten außerordentlichen Etat hineinzugeraten. Es ist daher eine wahrhaft dankenswerte nationale Tat, daß die leitenden Staatsmänner und Finanzminister der Einzelstaaten hier das einzig richtige Prinzip beobachtet haben: „Den Anfängen stelle Dich entgegen!" Nur wenn jede Versuchung, von den bewährten Grundsätzen der Reichsfinanzreform um einer augenblicklichen Verlegenheit willen abzuweichen, gleich von vornherein im Keime erstickt wird, kann unabsehbaren verwirrenden Einflüssen in der Reichsfinanzgebarung nachhaltig vorgebeugt werden.

Stand aber einmal für die Berliner Konferenz die unverbrüchliche Wahrung der Richtlinien der Reichsfinanzreform fest, so ergab sich daraus auch unmittelbar die Notwendigkeit, das Mehrerfordernis der Wehrvorlagen durch die Erschließung neuer Einnahmequellen aufzubringen. Hierbei mußte in erster Linie jeder Gedanke an eine Reichsvermögens- oder Reichseinkommensteuer schlechtweg ausscheiden. Die bestehende finanzielle Teilung zwischen Reich und Einzelstaaten, wonach jenes auf die indirekten, diese auf die direkten Steuern angewiesen sind, muß im bundesstaatlichen Interesse so gut wie zum Besten des Reiches selbst unverrückbar festgehalten werden. Bei der Reichsfinanzreform ist dieses Prinzip von den verbündeten Regierungen unter Vorantritt Preußens und Sachsens so nachdrücklich durchgekämpft und verteidigt worden, daß heute jeder direkte steuerliche Eingriff des Reiches in die bundesstaatlichen Finanzen einfach als undiskutabel bezeichnet werden muß. Wenn ebenso auch die Mehrbelastung von Konsum und Verkehr, sowie der Rückgriff auf die erweiterte Erbschaftssteuer abgelehnt wurden, so ist das ebenfalls mit Rücksicht auf die erneute Schürung der parteipolitischen Erregung, die von beiden Steuerarten hätte gewärtigt werden müssen, nur zu billigen; hat doch insbesondere mit Bezug auf die Erbschaftssteuer ein führendes nationalliberales Organ, die „Berliner Börsenzeitung", sich unumwunden zu der Auffassung bekannt, daß die Wiedereinbringung dieser Vorlage im gegenwärtigen Augenblick eine Brüskierung der rechtsstehenden Parteien darstellen würde. Es mußte also ein solcher Modus gefunden werden, von dem man nicht bloß eine Vermeidung weiteren parteipolitischen Haders, sondern womöglich eine positive Annäherung der bürgerlichen Parteien erhoffen durfte, und von diesem Gesichtspunkte aus ist es zweifellos ein sehr glücklicher Griff gewesen, der die Berliner Konferenz auf den Gedanken der Aufhebung der Liebesgabe geführt hat.

Die sogenannte „Liebesgabe" ist ein alter agitatorischer Ladenhüter des bürgerlichen Radikalismus gegenüber den „Ostelbiern". Es handelt sich dabei um die höhere Besteuerung, die den über das Kontingent, d. h. den gesetzlich festgelegten Höchstbetrag hinaus gebrannten Spiritus trifft. Von radikaler Seite wird es so dargestellt, als sei die geringere Besteuerung innerhalb des Kontingents speziell zugunsten der „ostelbischen" Brenner eingeführt worden, und den von diesen ersparten Steuerbetrag nannte man tendenziös eine „Liebesgabe" des Staates an die „Agrarier". In Wirklichkeit liegt die Sache ganz anders, da hauptsächlich die kleinen bäuerlichen Brennereien in Süddeutschland den Vorteil der Steuerersparnis genießen. Der Widerstand gegen die Aufhebung der unterschiedlichen Besteuerung ist denn auch nicht etwa von den „Ostelbiern", sondern gerade von den süddeutschen Regierungen ausgegangen, die sich aber nunmehr im Interesse der Allgemeinheit entschlossen haben, ihre bisherige ablehnende Haltung aufzugeben. Da das Schlagwort der „Liebesgabe" trotz des Mangels einer sachlichen Begründung außerordentlich viel zur parteipolitischen Verbitterung zwischen rechts und links beigetragen hat, so wäre es in der Tat im Interesse des bürgerlichen Parteifriedens sehr zu wünschen, wenn jede Möglichkeit der weiteren Verwendung dieses Schlagers durch die Aufhebung der „Liebesgabe" ausgeschlossen würde. Daß die Konservativen die Zirkel der verbündeten Regierungen aus diesem Anlaß hören konnten, erscheint ganz ausgeschlossen, nachdem Herr von Heydebrand das bedeutsame Wort gesprochen hat: „Ich kann im Namen meiner sämtlichen politischen Freunde erklären, daß wir bereit sind, alle erforderlichen Opfer an Gut und Blut zu bringen. Wir sind bereit, die Konsequenzen aus dem Ernste der Situation zu ziehen." Wenn nicht alle Anzeichen trügen, hat die Berliner Konferenz hier tatsächlich ein gutes Mittel an die Hand gegeben, um die für die vaterländische Wohlfahrt so dringend nötige Annäherung der bürgerlichen Parteien wirksam zu fördern. Sache der Liberalen insbesondere wird es sein, das Entgegenkommen der verbündeten Regierungen, das in der Erfüllung einer alten liberalen Forderung auf wirtschaftspolitischem Gebiete in die Erscheinung tritt, nach Gebühr zu würdigen.

*

Pressestimmen.

Die halbamtliche „Nordd. Allg. Ztg." schreibt zum Rücktritt des Staatssekretärs Wermuth: „Herrn Wermuths Rücktrittsentschluß wird in den weitesten Kreisen aufrichtig bedauert werden. Die Darlegungen, mit denen er die unter seiner Leitung aufgestellten Reichsetats einbrachte, waren jedesmal ein Muster von Klarheit und Sachkenntnis. Wenn unsere Finanzen sich heute in einem Zustande der Gesundung befinden, wie es vor zwei Jahren noch kaum gehofft wurde, so ist dies nicht zum kleinsten Teile das persönliche Verdienst des scheidenden Staatssekretärs. Herr Wermuth ist von Beginn seiner Amtsführung an mit Energie dafür eingetreten, daß keine neue Ausgabe ohne hinreichende Deckung bleiben darf. Dieses Prinzip ist auch in den Besprechungen des Reichskanzlers mit den einzelstaatlichen Ministern über Wehrvorlagen und Deckungsfragen voll anerkannt worden und wird auch gegenüber den neuen Wehrkosten zur Anwendung kommen. Um so mehr bedauern wir, daß Herr Wermuth sich entschlossen hat, um seine Entlassung zu bitten."

Der „Berl. Lokal-Anz." schreibt: „Den Rücktritt des hochverdienten bisherigen Schatzsekretärs Wermuth bedauern wir lebhaft. Nach dem, was gestern halbamtlich als Ergebnis der Beratungen mit den einzelstaatlichen Ministern über die künftige Steuerpolitik des Reiches festgestellt worden ist, erscheint das Abschiedsgesuch Wermuths schwer verständlich. Wermuths Grundgedanke, daß die Deckung der Wehrvorlagen nicht ohne neue Reichseinnahmen möglich sei, ist von den Vertretern der Einzelstaaten durchaus einstimmig gutgeheißen worden, wie auch in einer Reihe von heute früh vorliegenden Preßäußerungen betont wird. Die Auslegung, Wermuth gehe, weil die Erbanfallsteuer dem Widerstande des Zentrums geopfert worden sei, erscheint recht oberflächlich. Der Widerstand gegen eine Neueinbringung der Erbanfallsteuer ging von einem Teile der Bundesregierungen aus. Die Form, in der Wermuth die Erbanfallsteuer erneut stellte, war so gestaltet, daß die Vorlage nicht mehr den von der Linken gewünschten Charakter einer „Züchtigung" der sogenannten schwarzblauen Finanzreformmehrheit haben konnte. Auch hatte sich der Staatssekretär Wermuth für die Erbanfallsteuervorlage, wie er sie beabsichtigte, keineswegs eingesetzt, daß er mit der Annahme oder Ablehnung dieser Vorlage durch die einzelstaatlichen Minister stehen oder fallen mußte. Eingesetzt hatte er sich nur dafür, daß ein